

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 18. Mai 2020

Dossier 6454, «Tagesschau» vom 14. April 2020, Schutzmasken-Produktion

Sehr geehrter Herr X

In Ihrem Mail vom 14. April beanstanden Sie den Schlusssatz des Beitrags, wonach das Problem der Schutzmasken-Engpässe bald vom Tisch sein dürften. Denn selbst wenn beide Fabriken in der Schweiz 400'000 Masken herstellen könnten, würde das nicht einmal für das Spitalpersonal reichen, geschweige denn für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz.

Gerne gehen wir im Folgenden auf Ihre Kritik ein: Im März kündigten mehrere Unternehmen an, die Produktion chirurgischer Masken in den nächsten Wochen in Angriff zu nehmen. Daniel Koch, Delegierter des Bundesamts für Gesundheit (BAG), erklärte in der SRF-Sendung «Rundschau» vom 20. März gar, man produziere in der Schweiz bereits Schutzmasken. In eben dieser Sendung betonte Daniel Koch auch, dass der Bund momentan alles aufkaufe, was er könne. Wie gut der Nachschub aus der Schweiz wirklich ausreiche, werde wohl auch von den Fallzahlen in der Schweiz abhängen.

Anfangs April besass der Bund gemäss «Neue Zürcher Zeitung» gut 13 Millionen Hygienemasken und gegen 900'000 medizinische Schutzmasken. Daniel Koch bezifferte den Vorrat auf 90 Millionen Hygiene- und vier Millionen Schutzmasken. Um die ganze Bevölkerung mit Masken zu versorgen bräuchte es tatsächlich 300 Millionen, wie Daniel Koch ausführte.

Wenn die «Tagesschau» also den Schluss zieht, das Problem der Schutzmasken-Engpässe «dürfte bald vom Tisch sein», so wirkt das tatsächlich gewagt. Zumal das BAG in der Medienorientierung vom 20. April 2020 einräumte, dass es sich momentan auch bemüht, die für das Gesundheitspersonal und für die Schutzmassnahmen bei einer Lockerung des «Shutdowns» nötigen Masken zu beschaffen. Womit weder gesagt ist, dass ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt sind noch ob es wirklich an der nötigen Anzahl von zertifizierten Schutzmasken fehlt. Allerdings sieht es auch heute nicht danach aus, dass eine generelle Maskenpflicht eingeführt werden soll.

Das Sachgerechtigkeitsgebot ist verletzt, wenn der Sachverhalt und die Ereignisse nicht sachgetreu dargestellt werden, sodass sich das Publikum keine eigene Meinung bilden kann. Der Bericht in der «Tagesschau» ist informativ und entspricht den Tatsachen – mit Ausnahme zugegebenermassen der etwas gewagten Schlussfolgerung, die allerdings im Konjunktiv («dürfte») gehalten ist.

Sollten Sie sich mit dieser Stellungnahme gemäss Art. 93 Abs. 3 des Radio- und Fernsehgesetzes nicht zufriedengeben, orientieren wir Sie mittels der beigelegten Rechtsbelehrung gerne über die Möglichkeit einer Beschwerde an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI).

Wir danken Ihnen für die Nutzung des öffentlichen Senders und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

Die Ombudsstelle SRG.D